

Ostland

Halbmonatsschrift für Ostpolitik / Herausgeber: Bund Deutscher Osten e. V.

Verlag Dr. Friedrich Cramer, Berlin SW 61, Landwehrstraße 2-3 • Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kriebel, Berlin-Friedenau, Mühlstraße 2 • Druck: Buchdruckerei G. m. b. H., Berlin-Lichtenrade, Poststr. 7 • Erscheint monatlich zweimal. Postbezugs vierteljährlich RM. 0,90, Einzelnummer RM. 0,20 und RM. 0,05 Postgebühr • Anzeigenpreise 3 • J. v. M. g. • Alle Zuschriften sind an den Bund Deutscher Osten, Berlin SW 30, Poststr. 46 (Telegraf B 5 Barbarossas 0914) zu richten

Nr. 21

Berlin, den 1. November 1936

17. Jahrgang

Bett baut Brücken

Die erste Begeisterung, die die „Aufwertung“ des Bündnisses mit Frankreich in Polen ausgelöst hatte, ist heute verflogen. Es hat sich in politischer Hinsicht nicht alles so rasch und so reibungslos abgewickelt, wie Warschau zunächst wohl gehofft haben mag. In finanzieller Hinsicht hat Paris die erwarteten Zusagen freilich erfüllt, — wenn die vom „Economist“ veröffentlichten Angaben über die Polen bewilligten Rüstungs-kredite den Tatsachen entsprechen. Nach diesen Angaben sollen sich die Kredite insgesamt auf 2,775 Milliarden Franken oder annähernd 1 Milliarde Zloty belaufen. Doch soll nach den Angaben des „Economist“ nur etwa die Hälfte dieser Summe in bar bzw. in Form eines Rediskontkredits gegeben werden, den die Bank von Frankreich der Bank Polats eröffnet, während die andere Hälfte für Lieferungen der französischen Rüstungsindustrie und (was von amtlicher polnischer Seite bestritten wird) für Rohstofflieferungen aus der Sowjetunion verwandt werden soll. Ob diese Summen nun zutreffen oder nicht, — als sicher kann man annehmen, daß Polen für die in der Öffentlichkeit nicht näher bekannt gewordenen Zusagen, die Rydz-Emigly dem französischen Generalstab gemacht hat, von Frankreich in den Stand gesetzt wird, seine in bezug auf die technische Ausrüstung nicht ganz auf der Höhe stehende Armee im Werte von einigen hundert Millionen Zloty im Laufe der nächsten Jahre zu modernisieren. Außerdem scheint es Polen gelungen zu sein, den ihm von Paris seit Jahren vorenthaltenen zweiten Abschnitt der Eisenbahnanleihe für den Bau der Kohlenmagistrale Kattowitz — Gdingen in Höhe von 300 Millionen (abgewerteter?) Franken flüssig zu machen. Allerdings: vorerst haben die so sehnlichst erwarteten Gelder noch nicht zu rollen begonnen. Auch ist die Frage noch nicht geklärt, wie Polen die neuen Kredite, für die übrigens im Gegensatz zu früher recht günstige Bedingungen vereinbart worden sein sollen, verzinsen und zurückzahlen soll. Ohne eine Besserung seiner Handelsbilanz mit Frankreich durch eine Steigerung seiner Ausfuhr dorthin wird Polen die Verzinsung und Abtragung der neuen Schulden schwerlich bewerkstelligen können. In den Handelsvertragsfragen aber ist Paris von jeher sehr hartnäckig gewesen. Die polnische Wirtschaftspresse ist sich darüber im Klaren, daß die Erfüllung der polnischen Hoffnungen auf Seiten Frankreichs ein hohes Maß guten Willens voraussetzt. Es ist aber in der Politik immer mißlich, auf den guten Willen eines Anderen angewiesen zu sein. Daß das polnische Verhältnis zu Frankreich von dieser Regel eine Ausnahme macht, hat man seit den Zeiten Napoleons noch nicht feststellen können.

Das Verhältnis Polens zu seinem gleichfalls mit Frankreich verbundenen tschechischen Nachbarn hat sich nicht so weiter entwickelt, wie es in den Tagen des Pariser Besuchs Rydz-Emiglys zunächst anzulaufen versprach. Die Prager Regierung hat zunächst zwar den damals eben in Gang befindlichen Prozeß gegen einige Angehörige der polnischen Volksgruppe auf unbestimmte Zeit abbrechen, bald darauf aber wieder aufnehmen und die der staatsfeindlichen Betätigung beschuldigten Polen zu Zuchthaus verurteilen lassen; und

auch sonst sind die seit Jahren die Proteste Polens herausfordernden Maßnahmen der tschechischen Behörden gegen die polnische Volksgruppe im Teschener und Ostrauer Gebiet trotz einer gelegentlichen freundlichen Geste keineswegs eingestellt worden. Die Prager Regierung ist offensichtlich der Ueberzeugung, daß Polen unter dem Zwange der Verhältnisse schon von selber aufhören werde, sich wegen der Teschener Polen aufzuregen. Günstigere Ansichten haben sich für Polen allem Anschein nach in bezug auf seinen rumänischen Nachbarn eröffnet. Der Sturz Titulescu hat in Bukarest das Haupthindernis einer engeren Zusammenarbeit mit Polen beseitigt. Die Abberufung des bisherigen rumänischen Gesandten in Warschau und die Entsendung eines Besuches des rumänischen Außenministers in Polen deuten ebenso wie die Versteifung des rumänischen Widerstandes gegen die westwärts gerichtete Aktivität Moskkaus darauf hin, daß sich zwischen Drissa und Altierman wieder eine Gemeinsamkeit der Interessen herauszubilden beginnt, wie sie am Beginn der zwanziger Jahre zum Abschluß des Bündnisses zwischen Bukarest und Warschau geführt hat. Eine Entwicklung in dieser Richtung ist ohne Zweifel geeignet, die polnische Stellung im östlichen Mitteleuropa und damit die Bedeutung dieses Staates als eines Faktors der europäischen Politik zu verstärken. Gerade im Hinblick auf sein Verhältnis zu Frankreich, das sich nur mit äußerstem Widerwillen zu einer Distanzierung von seinem bolschewistischen Bundesgenossen zu entschließen vermag, ist Polen an einer Stärkung seiner Stellung und an einer Hebung seiner Bedeutung interessiert. Polen muß, um von Frankreich wieder als „erster Bundesgenosse“ gewertet zu werden, den Nachweis erbringen, daß es imstande ist, eine die Zusammenarbeit mit ihm wirklich lohnende Rolle in der großen Politik des Kontinentes zu spielen. Es ist freilich für dieses mit allerlei politischen und wirtschaftlichen Mängeln reichlich behaftete Staatswesen nicht leicht, diese Rolle überzeugend zu spielen.

Der polnische Außenminister hält London für den geeigneten Boden, diesen Nachweis zu führen. Seinem für Mitte November vorgemerkten Besuch glaubt die polnische Presse eine große Bedeutung zusprechen zu dürfen. Denn das Foreign Office ist der diplomatische Brennpunkt Europas, bei dem die polnische Außenpolitik glaubt, das größte Verständnis für ihre Sorgen und Absichten voraussetzen zu dürfen. Die maßgebende englische Presse hat in der Frage des neuen Westpaktess schon wiederholt Ansichten geäußert, die den polnischen insofern entsprechen, als sie auf eine gleichwertige und gleichartige Friedenssicherung in West- und Osteuropa abzielen. Das ist eine Forderung, die die polnische Außenpolitik im Jahre 1925 beim Abschluß des Locarnopaktess vergebens erhoben und seitdem bei jeder passenden Gelegenheit von neuem vorgebracht hat. Weiter glaubt die polnische Außenpolitik auch insofern mit den Plänen des Foreign Office einig zu gehen, als sie darauf bedacht ist, die Teilung Europas in zwei feindliche Mächtegruppen zu hindern, wozu sie sich dank der geographischen Lage des von ihr vertretenen Staates für besonders geeignet erachtet. Es ist das der Gedanke des sich zwischen die Großmächte legenden „Sanitätsgürtels“ der kleinen und mittleren Staaten, ein Gedanke, der vor einigen Monaten nach dem Einmarsch der deutschen Truppen ins Rheinland auf der Londoner Konferenz von Oberst Beck in den Vordergrund gestellt und dann in Brüssel fortgeführt worden ist. Doch hat sich die Rolle, die Polen in diesem „Sanitätsgürtel“ zu spielen sich vorgenommen hat, inzwischen einigermaßen geändert. Damals hat es den Anschein gehabt, daß die polnische Außenpolitik an eine im wesentlichen passive Haltung, an eine Neutralisierung des „Sanitätsgürtels“ gedacht hat. Jetzt aber scheint sie Wert auf die Feststellung zu legen, daß sie dem belgischen Beispiel nicht zu folgen gedenkt und daß die Neutralität ihr nicht als eine der Bedeutung Polens angemessene Stellungnahme zu den großen europäischen Fragen erscheint. Das aber heißt, daß Polen eine seiner alten Forderungen, für die es in London unter den heutigen Umständen gleichfalls Verständnis erhofft, von neuem erhebt, die Forderung nämlich, bei keiner, gesamt-europäischen Fragen berührenden Abmachung der west- und mitteleuropäischen Großmächte übergangen zu werden, wie es seiner Zeit in Rom und Strefa geplant war. Die polnische Außenpolitik ist gewiß davon überzeugt, diese Forderung heute in London mit um so größerem Erfolg vorbringen zu können, als sie erstens darauf hinweisen kann, daß Polen sowohl mit Frankreich wie mit Deutschland in normalen, mit dem ersteren sogar beinahe wieder in freundschaftlichen Beziehungen

lebt, und als zweitens die Aussicht besteht, daß über kurz oder lang die Sowjetunion als „Ordnungsfaktor“ aus der Politik der zivilisierten Staaten wieder ausscheiden wird. Die polnische Außenpolitik erwartet, daß ihr die Sympathien des Foreign Office dazu verhelfen wird, bei der Regelung der großen europäischen Fragen eine mitbestimmende Position zu beziehen, nachdem sie durch die Erneuerung des Bündnisses mit Frankreich ihrem Staate die finanziellen Mittel zur Modernisierung und Stärkung seiner militärischen Schlagkraft zu besorgen versucht hat. Auf diesen beiden Brücken hofft Oberst Beck sein Land in den Kreis der Großmächte einführen zu können.

Dr. R.

Der Ausbau der polnischen Kriegsflotte

Polen will bei allen Fragen, die die Ostsee betreffen, dabei sein und mitgehört werden. Es fühlt sich zum Herren eines Meeres berufen, unter dessen Anliegen es den schmalsten Küstenabschnitt besitzt. Allen Äußerungen der polnischen Meerespropaganda liegt ein merkwürdig übersteigertes Geltungs- und Machterweiterungsbedürfnis zugrunde. Es äußert sich ebenso in der Mobilmachung der polnischen Öffentlichkeit durch die „Meeres- und Kolonialliga“ und dem alljährlichen „Fest des Meeres“ in Gdingen, wie in der Veranstaltung billiger Sonderfahrten von allen größeren Städten Polens nach Gdingen und Hela und in der auf Propaganda eingestellten Forschungsarbeit des Baltischen Institutes in Thorn usw. Wo immer in Polen vom „polnischen Meer“ die Rede ist, wo die großen Worte fallen von „dem Baum der polnischen Nation, dessen Wurzeln im Meeresgrund stehen und dessen Wipfel bis zu den Bergen der Tatra reicht“, „von der Bereitschaft der polnischen Nation, die polnische Küste aufs äußerste zu verteidigen und die Wellen des baltischen Meeres mit dem Blute der Feinde zu röten“, dort kennt die Begeisterung keine Grenzen. Man übersieht in Deutschland immer noch die politische Bedeutung dieses polnischen Dranges nach Norden.

Wenn der Reichsdeutsche das Wort „Gdingen“ hört, so steht ihm fast immer nur die Bedeutung dieses polnischen Ostseehafens als eines wirtschaftlichen Faktors, eines gefährlichen Konkurrenten des Danziger Hafens vor Augen, während sich für ihn fast niemals mit diesem Namen die Vorstellung eines Kriegshafens verbindet. Den reichsdeutschen Besuchern Gdingens, die eine Rundfahrt durch den Hafen gemacht haben, ist der dicht an der Außenmole im westlichen Hafenteil gelegene kleine Kriegshafen zumeist wohl nur als eine fragwürdige Beigabe dieses Ausfalltores der polnischen Wirtschaft in der Erinnerung haften geblieben. Und auch in der reichsdeutschen Presse ist bei Besprechungen Gdingens, des polnischen Seehandels und der polnischen Handelsflotte bisher kaum von der polnischen Kriegsflotte die Rede. Es seien daher im Folgenden kurz Größe und Zusammensetzung der Polen im Kriegsfalle zur Verfügung stehenden Flotte verzeichnet. Als Hochseeflotte besitzt Polen zur Zeit:

2 Torpedobootzerstörer: „Wicher“ („Sturmwind“) und „Burza“ („Sturm“) mit je 1540 t, die in den Jahren 1931-32 auf französischen Werften erbaut wurden; es handelt sich hierbei um Schiffe, die mit allen neuzeitlichen Erzeugnissen ausgestattet sind.

3 Unterseeboote: „Wilk“ („Wolf“), „Rys“ („Luchs“) und „Zbit“ („Wildkatze“) mit je 980 t über Wasser und 1260 t unter Wasser Verdrängungsraum, die auch als Minenleger eingerichtet sind; auch diese Boote wurden in den Jahren 1931-32 in Frankreich erbaut. Sie stellen den Typ großer Boote dar, deren Ausrüstung ebenfalls gut ist.

5 Torpedoboote: „Mazure“ („Der Masure“), „Kratowiat“ („Der Krakauer“), „Kujawiat“ („Der Kujawer“), „Slazal“ („Der Schleifer“) und „Podhalanin“ („Der Gebirgler“) mit ungefähr je 350 bis 375 t, die dem neuerstandenen polnischen Staat durch die Botschafterkonferenz in den ersten Nachkriegsjahren aus den Besänden der alten deutschen Kriegsflotte großmütig zur Verfügung gestellt wurden; diese Schiffe sind sehr veraltet, in den Jahren 1916-17 erbaut, und entsprechen in keiner Weise mehr modernen Anforderungen; trotzdem stehen sie noch im Dienst.

An Hilfschiffen oder solchen, deren Kampftätigkeit sich auf Operationen in der Nähe der Küste beschränkt, besitzt Polen:

2 Kanonenboote: „Komendant Pilsudski“ und „General Haller“ mit je 370 to, die im Jahre 1924 in Finnland gekauft wurden, also ebenfalls sehr veraltet sind.
4 Trawler: „Zaskolka“ („Schwalbe“), „Gajka“ („Stieglitz“), „Mewa“ („Möwe“) und „Rubinowa“ („Eisenschwalbe“) mit je 185 to, die in den Jahren 1935-36 auf der neuen polnischen Werft in Gdingen erbaut wurden; es sind dies die ersten Kriegsschiffe, die Polen auf eigener Werft gebaut hat.

Der Rest der polnischen Marine besteht aus Spezialschiffen. Die zur Bedienung der Kampf- und Hilfsflotte oder zu Schulzwecken bestimmt sind. Zu diesen gehören u. a. „Jaska“ („Junke“), ein Dreimastschoner von 500 to, dessen Aufgabe in der Ausbildung der Jöglinge der polnischen Seehenschule der Kriegsmarine in Gdingen besteht, ferner „Wilja“, ein Kriegstransporter mit 8700 to, und „Sawomir Czerninski“, ein früherer polnischer Segler mit 2460 to, der aus Mitteln polnischer Schulfamilien der Kriegsmarine geschenkt wurde; er dient heute als Muttereschiff der Unterseeboote. Schließlich sind noch zu erwähnen „Smot“ („Drache“), ein Minenleger mit 655 to, und „Pomorzanin“ („Der Pomereller“), ein Schiff, das lediglich für hydrographische Zwecke Verwendung findet. Außerdem werden einige alte, nicht mehr verwendungsfähige Schiffe, darunter der alte Kreuzer „Baltyk“ und das frühere Segelschulschiff „Krow“ („Lemberg“), als schwimmende Kasernen im Gdingener Hafen benutzt.

Daß mit diesen Schiffsbeständen kein großer Staat zu machen ist, darüber sind sich die polnischen Marinebehörden vollständig im klaren, und sie suchen daher eifrig nach Möglichkeiten, mit den beschränkten finanziellen Mitteln, über die sie verfügen, die Kriegsflotte zu vergrößern und die völlig veralteten Schiffe durch Neubauten zu ersetzen, um in wenigstens einigermaßen repräsentativer Form als „Beherrscher des polnischen Meeres“ aufzutreten zu können. An neuen Einheiten werden 3. Zt. auf ausländischen Werften gebaut:

1 Minenleger „Orys“ („Greif“) mit über 2000 to; er wurde im Juli d. Js. in Frankreich vom Stapel gelassen.

2 Torpedobootzerstörer: „Strom“ („Donner“) und „Blyskawica“ („Blitz“), die auf englischen Werften erbaut und bereits vom Stapel gelassen worden sind; beide Schiffe besigen je 2200 to.

2 Unterseeboote: Sie werden 3. Zt. in Holland gebaut.

Die polnische Kriegsflotte beläuft sich also einschließlich der nennenswerten Hilfschiffe und der noch nicht fertiggestellten Neubauten auf 28 Schiffe. Ueber den Kampfwert der polnischen Flotte läßt sich schwer ein Urteil fällen. So problematisch ihre Bedeutung angesichts ihrer schmalen Festlandsbasis erscheint, — die verantwortlichen Stellen in Polen geben sich im Rahmen des finanziell Möglichen doch alle Mühe, die Flotte so schlagkräftig zu machen, daß sie wenigstens zu Angriffen in die nächste Umgebung und zum Schutze des Gdingener Hafens eingesetzt werden kann. Um die Flottenbasis zu stärken, soll gegenwärtig die gesamte polnische Küstenlinie festungsartig ausgebaut werden. Es sollen neue Befestigungen auf der Halbinsel Hela angelegt werden; beabsichtigt ist der Bau eines neuen U-Boothafens auf Hela; die ganze Halbinsel ist zum Festungsgebiet erklärt worden.

Darüber hinaus ist ein großes Neubauprogramm der polnischen Kriegsmarine in Aussicht genommen; es sieht eine Gesamttonnage von 150000 to vor; bis 1945 sollen im Rahmen dieser Tonnage, die auch bei den Genfer Abrüstungsbesprechungen Polen zugesprochen wurde, folgende Neubauten geschaffen werden:

3 Linienfahrer von je 25000 to, 9 Geschütze zu 30,5 Zentimeter, Geschwindigkeit 30 Knoten, 3 Bordflugzeuge.

1 Flugkreuzer, 6000 to, 8 Geschütze zu 15,2 Zentimeter, 35 Knoten Geschwindigkeit, 12 Bordflugzeuge.

1 Minenkreuzer, 4500 to, 8 Geschütze zu 120 Millimeter, Geschwindigkeit 35 Knoten, 600 Minen, 2 Bordflugzeuge.

12 Zerstörer zu 2000 to mit etwa 40 Knoten Geschwindigkeit.

12 Begleitboote zu 600 to mit 30 Knoten Geschwindigkeit.

12 Torpedobooote zu 1500 bis 2000 to bei 45 Knoten Geschwindigkeit.

12 U-Boote zu 500 to und 12,5 Knoten Geschwindigkeit.

3 Untersee-Minenleger zu 1000 to und 14 Knoten Geschwindigkeit.

6 Unterwasserkreuzer zu 1400 to und 18 Knoten Geschwindigkeit.

1 Küstenschuß-Minenleger zu 2400 to und 20 Knoten Geschwindigkeit, der

zugleich als Fähnrichschulschiff dienen soll. — Als Gesamtsumme dieses Flottenausbaus werden 1½ Milliarden Zloty genannt. Auf jedes Ausbaujahr bis 1945 werden 150 Millionen Zloty veranschlagt.

Der Pole ist nie zufrieden mit dem, was er hat. Man erinnere sich an die großen Kundgebungen gegen Danzig, die im August d. J. in allen polnischen Städten stattfanden und die in Entschuldigungen gipfelten, in denen eine Änderung des Danziger Statutes in der Richtung der Erweiterung der polnischen Rechte verlangt wurde! „Unser neues Kriegsschiff vergrößerte am gestrigen Tage das Gebiet der Republik Polen um einige 100 Quadratmeter Oberfläche“. Mit diesen Worten leitete am 3. Oktober d. J. die „Polska Brojna“, das polnische Militärblatt, den Bericht über den Stapellauf des neuen polnischen Lerpodobootzerstörer „Blyskawica“ ein. Diese Ausdrucksweise ist typisch für das allen innen- und außenpolitischen Handlungen Polens zugrundeliegende Bestreben, seinen Machtbereich nach allen Richtungen und nach jeder Hinsicht zu vergrößern, sei es auch nur „um einige 100 Quadratmeter“. Otto Willner.

Grazynski unter der Lupe

Die rechtsstehenden Kreise, die sich um das Wilnaer „Słowo“ gruppieren, haben sich als entschiedene Gegner des Wojewoden Grazynski bereits einen Namen gemacht. Man erinnert sich noch des Prozesses, den Grazynski vor etwa zwei Jahren gegen Prof. Studnicki anstregte, weil dieser ihn als „den größten Schädling Schlesiens“ bezeichnet hatte. In die gleiche Kerbe hat jetzt der ehemalige konservative Abgeordnete des Regierungslagers Mackiewicz gehauen. Unter dem Titel „Führertum ohne Ideologi.“ hat er in einem am 21. Oktober im „Słowo“ veröffentlichten Artikel, der übrigens einige Zusatzen aufwies, mit ungewöhnlicher Schärfe das System des Kattowitzer Wojewoden als politisch unklug und moralisch minderwertig charakterisiert.

Es seien nur einige der nicht von der polnischen Zensur gestrichenen Stellen aus dem Artikel Mackiewiczs wiedergegeben; es heißt da z. B.: Alles, was man in den Dörfern der polnischen Wälder erlebe, alles, worüber man sich im östlichen Polen beschwerte, wogegen man dort protestierte und was man verspottete, das alles sei noch ein Paradies, ein Eden und ein Dorado im Vergleich zu den Verhältnissen, die in Schlesien herrschen; und verglichen mit Grazynski seien die ostpolnischen Wojewoden geradezu Engel. Voller Ironie behandelt Mackiewicz die ostoberschlesischen Industriellen, deren Verhältnis zu den amtlichen Stellen einen hohen Grad ziviler Freigebigkeit verrate und neben denen ein sich vor dem Starosten duckender Autobesitzer aus dem Wilnagesbiet und ein verschüchterter Beamter, wie man ihn in Ostpolen treffe, wie die Löwen aus dem Alkazar erscheinen. Mackiewicz bestätigt, was ohnehin schon genügend bekannt ist, daß die einheimischen Oberschlesier als Arbeiter und Beamte überall gegenüber den fremden „Verbesserten“ zurückgesetzt werden. „Ich besuchte“, sagt er z. B., „Siemianowicz, ein Städtchen mit 6000 Arbeitslosen; die wenigsten Postbeamten in diesem Städtchen waren Oberschlesier, die Mehrzahl Zugewanderte. Im Wojewodschaftsamt findet man keinen einzigen gebürtigen Oberschlesier.“ Ein ostoberschlesischer Fabrikant, erzählt Mackiewicz dann mit dem Vorbehalt der leichten Uebertreibung weiter, habe sich ihm gegenüber darüber beschwert, daß er keinen Beamten mehr ernennen und keinen Arbeiter mehr einstellen könne, der nicht zu einem von Grazynski unterstützten und gebilligten Verbände gehöre, und daß er in Zukunft wohl auch kein Kinder mädchen mehr werde annehmen können, ohne sich vorher ihrer politischen Zuverlässigkeit (im Sinne des Wojewoden) vergewissert zu haben. Weiter berichtet Mackiewicz: Von einem anderen, völlig glaubwürdigen Manne sei ihm berichtet worden, daß der nächste Freund des Wojewoden, der aus dem Posenschen zugewanderte Rechtsanwalt Chmielewski, sein jährliches Einkommen auf 900000 Zloty berechne. Es sei durchaus nichts Unpassendes an diesem Verdienst; Chmielewski sei eben tatsächlich ein ausgezeichnete und in der Führung seiner Prozesse von Glück begünstigter Anwalt. Unpassend aber will es Mackiewicz erscheinen, daß der Wojewode Grazynski sich mit solchen Großverdienern umgibt, während er aus politischen Gründen

gleichzeitig eine demagogische Heße gegen die gutsituierten Leute betreibt, die nur einen kleinen Teil des Chmielowski'schen Einkommens verdienen.

Madziwiez spricht der Herrschaft Grazynski die moralische Grundlage ab. Diese Herrschaft stütze sich nicht auf ein bestimmtes Programm oder auf eine bestimmte Idee. Sie sei ein System politischer Lücken, in dem alles auf die Frage, ob einer eine Stellung habe oder nicht, ob einer etwas verdiene oder nicht, abgestellt sei. Es sei klar, daß ein solches System, obwohl es den offenen Terror vermeide und keine Konzentrationslager brauche, auf die Menschen einen demoralisierenden Einfluß ausüben müsse.

Dann kommt Madziwiez auf eine interessante Sache zu sprechen. Er sagt: Der schlesische Wojewode habe sich früher einmal Kurzydlo genannt (Kurzydlo heißt Staubwedel). Diesen Namen habe er später in den besser klingenden Namen Grazynski geändert. Es sei zu verstehen, daß Leute, die einen unangenehm oder unanständig klingenden Namen tragen, sich einen anderen Namen beizulegen wünschen, — wenn es auch den Marschall Petain z. B. durchaus nicht gelübt habe, mit seinem im höchsten Grade trivialen und unanständigen Namen in den Olymp einzugehen. Kurzydlo aber sei ein durchaus ehrbarer, bauerlicher Familienname, und man müsse schon sagen, daß der Verzicht auf diesen Namen eine völlig unverständliche Flucht aus der bauerlichen Vergangenheit sei.

In dieser kleinen Einzelheit, fährt Madziwiez fort, drücke sich jene große Verlogenheit und jene Mißachtung des Bauerntums aus, welche die ganze, von Grazynski geführte Gruppe der „Verbesserer“ charakterisiere. Noch größer als die Mißachtung des Bauerntums sei die Verachtung, die diese Gruppe für die Arbeiterschaft hege, eine Verachtung, die sich deutlich in der Lätigkeit des von den „Verbessern“ geleiteten 333. des Verbandes der im Konzentrationslager stehenden Gewerkschaften, zeige. Dieser von Grazynski als politisch zuverlässig anerkannte Verband wird von Madziwiez als eine Mischung von kriminellen und kommunistischen Elementen bezeichnet, als eine Organisation, bei der man nicht mehr weiß, wo der Politiker aufhört und der Gangster beginnt. In Lodz und im übrigen Mittelpolen verzichtet der Arbeiter darauf, diesem Verbands anzugehören; er ziehe die Idee den Bestechungen vor. Man müsse schon eine große Verachtung für den polnischen Arbeiter haben, um ihn zum Beitritt zu einem solchen Verbands zu zwingen. . .

Es ist klar, daß sich das Organ des unangenehm unter die Lupe genommenen Wojewoden erbittert und entrüstet gegen Madziwiez gewandt hat. Die „Poliska Zachodnia“ ist aber mehrwöchiger- oder vielmehr bezeichnenderweise eine sachliche Erwiderung schuldig geblieben. Sie hat sich darauf beschränkt, dem unbequemen Besucher aus Wilna einen mit unliebenswürdigen Worten reichlich gewürzten Artikel nachzusenden. Es kann nicht besonders gut stehen um eine Sache, deren Vertreter auf eine Kritik mit nichts anderem als mit einer Beschimpfung des Kritikers zu antworten wissen.

Die Kirchenwahlen in Ostoberschlesien

Am 18. Oktober d. J. fanden Ergänzungswahlen zu den kirchlichen Körperschaften der „Unierten Evangelischen Kirche in Polnisch-Oberschlesien“ statt. Sie endeten, wie vorauszu sehen war, mit einem überlegenen Sieg der deutschen Listen. Doch konnten die polnischen Listen in einigen der etwa 20 evangelischen Kirchengemeinden Ostoberschlesiens immerhin eine Anzahl von Stimmen und Sizen gewinnen. Als das Land im Jahre 1922 dem polnischen Staate zugeteilt wurde, gab es unter den damals etwa 80 000 Mitgliedern der evangelischen Kirchengemeinden kaum einige Polen. Durch die Verdrängung einiger zehntausend evangelischer Deutscher und die Zuwanderung mehrerer tausend evangelischer Polen aus den anderen Teilen des polnischen Staates (vor allem Kongresspolen und dem Teschener Schlesien) haben sich die völkischen Kräfteverhältnisse innerhalb der Kirchengemeinden im Laufe der Jahre zu Ungunsten des heimischen Deutschtums verschoben. Jahrelang konnte sich das kirchliche Leben der evangelischen Gemeinden Ostoberschlesiens, deren Rechtslage durch das Genfer Abkommen geregelt ist, trotz des Wechsels der Staatshoheit im allgemeinen ohne wesentliche Störung entwickeln. Sobald sich jedoch in dieser oder jener Gemeinde eine größere Zahl evangelischer Polen angesammelt

hatte, setzten, von den Warschauer kirchlichen Zentralstellen gefördert, politische Reibungen ein. Die aus den anderen Gebieteilen des Staates zugewanderten Elemente schlossen sich in den „Vereinen evangelischer Polen“ zusammen, die unter Führung landfremder polnischer Geistlicher der „Evangelischen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses“ als Stoßtrupp der Polonisierung der evangelischen Kirche Ostoberschlesiens eingesetzt wurden.

Um der das kirchliche Leben störenden Agitation dieser Vereine die Grundlage zu entziehen, beschloß die Landesynode der Unionierten Evangelischen Kirche im April v. J., auch Geistliche anderer evangelischer Kirchen (d. h. polnische Geistliche der Buzsche-Richtung) in den evangelischen Kirchen Ostoberschlesiens zu gottesdienstlicher Tätigkeit zuzulassen, die Gemeinderäume der deutschen evangelischen Gemeinden auch den „Vereinen evangelischer Polen“ zur Verfügung zu stellen und den zugewanderten Polen in der Frage des evangelischen Religions- und Konfirmandenunterrichtes weitere Zugeständnisse zu machen. Wenn die Landesynode geglaubt hatte, mit dieser Nachgiebigkeit den Frieden in der evangelischen Kirche Ostoberschlesiens wieder herstellen zu können, so hatte sie die polnischen Absichten gründlich verkannt.

Um zu der heißlichen Besinnung, die in den Reihen der evangelischen Polen herrscht, den richtigen Abstand zu gewinnen, genügt es, ein Flugblatt zu kennen, das zu den Kirchenwohlen vom 18. Oktober den deutschen Mitgliedern der Kirchengemeinden Schwientochlowitz und Groß-Heidul von einem „Polnisch evangelischen Wahlkomitee“ ins Haus geschickt wurde. Es heißt darin wörtlich: „Der deutschen Besinnung verdanken es viele von euch, daß sie aus Hütten und Gruben entlassen wurden oder keine Arbeit finden können. Daselbe harte Schicksal droht euch allen, wenn ihr es nicht beizeiten abwendet. Glaubensgenossen! Wundert euch darüber nicht! Jeder Staat verlangt heute von seinen Untertanen nationale Besinnung. Wer nicht für uns ist, ist gegen uns, so heißt es. In Deutschland genügt es nicht, nur Deutscher zu sein, sondern Arbeit und Brot erhalten nur Mitglieder der Hitlerpartei (!). Ähnlich verhält es sich in vielen anderen Staaten. Warum sollte also der polnische Staat von seinen Bürgern nicht verlangen dürfen, daß sie alles, was polnisch ist, unterstützen?! Auch für unsere Wahlen interessieren sich die polnischen Behörden sehr. Darum, Glaubensgenossen! Welchem Stande ihr auch angehören mögt, wählt die polnische Liste! Seid ihr Arbeiter, so bedenkt, daß Hütten und Gruben zum größten Teil bereits in polnischen Händen sind! Seid ihr Kaufleute oder Handwerker, so gebt euch Rechenschaft darüber, daß ihr infolge staatsfeindlicher Einstellung einen großen Teil eurer Kundschaft verlieren könnt! Glaubt nicht, daß es sich bei der geringen Stimmenzahl nicht kontrollieren läßt, wer deutsch und wer polnisch gewählt hat!!! Wollt ihr als loyale polnische Staatsbürger gelten und weiter in Schwientochlowitz und Groß-Heidul bleiben, so wählt die polnische Liste. Hört nicht auf die Stimme von Leuten, die 1937 unsere Gemeinden verlassen müssen, sondern schenkt denen Glauben, die es mit euch und euren Kindern wohlmeinen . . .“

Es sollte der Polenbundpresse in Deutschland zur Pflicht gemacht werden, diesen Aufruf abzuzeichnen, damit ihre Leser einmal die Möglichkeit haben, sich über die Mittel zu unterrichten, die von polnischer Seite im Kampfe gegen die Volksgruppen Polens angewandt werden. Das einzige Argument, das die Verfasser des Flugblattes für ihre polnische Sache ins Feld zu führen wissen, ist der Hinweis auf die Arbeitslosigkeit, die denen als Strafe bevorsteht, die zu ansständig sind, ihr deutsches Volkstum zu verraten. Die Verwendung dieses Argumentes bezeugt einen Tiefstand der völkischen Moral, der den im Flugblatt unternommenen Versuch, sich auf das Vorbild der nationalsozialistischen Volkstumspolitik zu berufen, zu einer niederträchtigen Beleidigung macht. Im übrigen ist die Offenheit zu begrüßen, mit der in dem Flugblatt die Tatsache anerkannt wird, daß viele Deutsche nicht aus wirtschaftlichen Gründen arbeitslos geworden sind, sondern es ihrer deutschen Besinnung verdanken, daß sie von den polonisierten Betriebsleitungen auf die Strafe gesetzt worden sind. Es verdient schließlich auch festgehalten zu werden, daß nach dem Eingeständnis des Flugblattes bei den Kirchenwahlen vom 18. Oktober, an denen „die polnischen Behörden sehr interessiert waren“, die Stimmenabgabe von polnischer Seite kontrolliert worden ist. Im ganzen läßt sich an Hand dieses Flugblattes

sagen, daß diese Wahlen von polnischer Seite in einer Weise betrieben worden sind, die nur auf die moralisch Schwachen wirkend zu wirken vermocht hat. Von deutscher Seite haben bei den Wahlen keinerlei materielle Gesichtspunkte ins Treffen geführt werden können; und wäre das möglich gewesen, dann wäre es von deutscher Seite trotzdem abgelehnt worden, an etwas anderes als an die völkische und religiöse Ueberzeugung zu appellieren.

Das ist bei einer Bewertung der Wahlergebnisse in Rechnung zu stellen. Die Wahlbeteiligung war ungewöhnlich hoch. Sie betrug in manchen Gemeinden bis zu 97 v. H. der Wahlberechtigten. Bei den Wahlen zu den Gemeindefkirchenräten haben die Polen in den wichtigsten Orten, wie Kattowitz, Königshütte, Rybnik, Myslowitz, Lublinitz, Antonienhütte, keinen Sitz erhalten; in Poslau ist für den Gemeindefkirchenrat überhaupt keine polnische Liste aufgestellt worden. In einer Reihe von Orten, wie Gollasowitz, Larnowitz, Sobrau, Nilolai, hat sich eine Wahl erübrigt, da eine Einheitsliste zustande gekommen war. In den kleinsten, vorwiegend ländlichen evangelischen Kirchengemeinden haben die Polen besonders schlecht abgeschnitten. Auch in den Gemeindevertretungen haben die Polen wenige Sitze gewonnen, und zwar in Kattowitz 3 gegen 15 deutsche, in Königshütte (einschließlich Lipine) 2 gegen 14 deutsche, in Myslowitz 2 gegen 6 deutsche, in Rybnik 1 gegen 11 deutsche usw. In den anderen Orten, in denen zu den Gemeindevertretungen gewählt worden ist, ist das Verhältnis ähnlich. Nur in Choppinitz haben die Polen 4 gegen 8 deutsche Sitze erhalten. Die Wahlen haben eindeutig den ganz überwiegend deutschen Charakter der evangelischen Kirchengemeinden Ostoberschlesiens bewiesen. Die Hoffnungen der „Vereine evangelischer Polen“ haben sich nicht verwirklicht; auch die von polnischer Seite ausgesprochenen Drohungen haben sich im wesentlichen als unwirksam erwiesen.

Ein neuer Vorstoß Bursches

Wohin die Bestrebungen der in Ostoberschlesien bestehenden „Vereine evangelischer Polen“ zielen, läßt sich aus den Vorträgen innerhalb der Evangelischen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses erkennen. Seit Jahren wird innerhalb dieser Kirche, zu der die evangelischen Gemeinden in Ruffisch-Polen und im Teschener Schlesien gehören, um eine Neuordnung des Verhältnisses zum Staate gekämpft. Seit Jahren wird dort von dem Generalsuperintendenten Bursche und seinem polnischem bzw. polonisierten Anhang versucht, die evangelische Kirche unter die Diktatur der polnisch-katholischen Staatsbehörden zu zwingen. Das ist bisher stets am Widerstande der Gemeinden und der überwiegenden Zahl ihrer Pastoren gescheitert. Auch der neue Gesekentwurf über das Verhältnis zwischen Kirche und Staat, den Bursche kürzlich vorgelegt hat, ist auf den Widerstand der Gemeinden und Pastoren gestoßen. Denn die Durchführung dieses Gesekentwurfes würde das Ende der Selbstverwaltung der Evangelischen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses in Polen bedeuten und überdies die Gefahr mit sich bringen, daß eine ähnliche Regelung auch in bezug auf die anderen evangelischen Bekenntnisse in Polen mit verstärktem Nachdruck versucht wird.

Der Gesekentwurf sieht vor allem folgende Bestimmungen vor: Die Kirche soll ihren Einfluß auf die Ernennung der Professoren der Theologischen Fakultät der Universität Warschau verlieren. Die Ländereien der Kirchengemeinden sollen bis auf 25 Hektar je Gemeinde und 3 Hektar je Kantorat der Enteignung zwecks Parzellierung unterliegen. Jede Verfügung über das Kirchenvermögen und die Festsetzung der Kirchenbeiträge sollen der Genehmigung durch die staatlichen Behörden bedürfen. Der Bischof (bisher Generalsuperintendent) soll nicht mehr von der Kirchen Synode, wie das noch in den früheren Gesekentwürfen von 1923 und 1933 vorgesehen war, sondern von einem Kollegium gewählt werden, das ausschließlich aus von der Regierung bestätigten Personen besteht. Der so gewählte Bischof soll zugleich Vorsitzender der Synode und Präsident des Konsistoriums sein, also fast diktatorische Vollmachten in allen kirchlichen Fragen erhalten; er soll vom Staat besoldet werden, die Rechte eines Staatsbeamten genießen und nach dem Ausscheiden aus seinem Amte ein lebenslängliches Ruhegehalt beziehen. Der mit der Ueberwachung der kirchlichen Arbeiten beauftragte Vizepräsident

dent des Konsistoriums soll vom Minister für Kultus und Unterricht ernannt werden. Die Synode soll aus dem Bischof, dem Vizepräsidenten des Konsistoriums, je einem Delegierten der Militärpfarre und der Theologischen Fakultät der Universität Warschau sowie aus 5 vom Bischof berufenen Mitgliedern der Kirchensynode, 15 Delegierten der Pastoren und 30 Laiendelegierten bestehen; ihre jährlich dreimal stattfindenden Beratungen sollen nicht länger als je eine Woche dauern und sich nur auf solche Fragen erstrecken, die vorher vom Minister für Kultus und Unterricht genehmigt worden sind. Die Gründung neuer Diözesen, Gemeinden und Filialen soll der Genehmigung der Regierung bedürfen. Die Wojewoden sollen berechtigt sein, gegen jede Wahl eines Pfarrers Einspruch zu erheben, die Amtsentlassung jedes Pfarrers und jedes anderen Mitgliedes eines Kirchenorgans zu verlangen; dabei soll in Streitfällen dem Minister für Kultus und Unterricht das Recht der endgültigen Entscheidung zustehen. Die Amtssprache der Kirchenbehörden und -ämter soll ausschließlich das Polnische sein. Ufn.

Das Wesen dieses Gesetzesentwurfes ist die vorbehaltlose Unterordnung der Evangelischen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses unter den politischen Willen des Staates. Wenn es sich bei den Mitgliedern dieser Kirche ausschließlich um Angehörige des polnischen Volkstums handelte, würde der ganze Kirchenstreit die deutsche Öffentlichkeit nur theoretisch interessieren. Tatsache ist aber, daß über 80 v. H. der Gemeindeglieder deutscher Volkszugehörigkeit sind, daß die Befestigung der kirchlichen Selbstverwaltung also, wie sie in dem vorliegenden Gesetzesentwurf geplant ist, zugleich den deutschen Charakter der Kirchengemeinden bedrohen, die Beibehaltung der deutschen Pastoren gefährden und letzten Endes die Evangelische Kirche Augsburgischen Bekenntnisses zu einem Instrument der Polonisierung des Deutschtums in Russisch-Polen und im Leschener Schlesien machen würde. Daß Bursche und seine Leute die Polonisierung des evangelischen Deutschtums mit Hilfe der Kirche erstreben, ist von polnischer Seite selbst oft genug festgestellt worden. Da sie aus eigener Kraft dieses Ziel gegen den Widerstand der Gemeinden und Pastoren nicht zu erreichen vermögen, rufen sie unter Verleugnung des im evangelischen Kirchentum liegenden Selbstverwaltungsgedankens den Staat gegen Gemeinden und Pastoren zu Hilfe. Sie werden ihr Ziel schwerlich erreichen. Denn es ist damit zu rechnen, daß das evangelische Deutschum, falls das Verhältnis der Evangelischen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses zum Staate in der vom erwähnten Gesetzesentwurf vorgesehener Weise geregelt werden sollte, es vorziehen würde, sich im Rahmen einer anderen kirchlichen Organisation den Fortbestand seines Volkstums zu sichern.

Volkstod droht den Sudetendeutschen

Die politische Knechtung und wirtschaftliche Aushungerung, der das Sudetendeutschum seit der Errichtung des tschecho-slowakischen Staates ausgesetzt ist, ist nicht ohne tiefe Wirkung auf dessen biologische Verhältnisse geblieben. Jahrelange Arbeitslosigkeit, Unterernährung und Seuchen haben nicht nur die körperliche und seelische Verfassung der Deutschen in den Grenzgebieten des tschecho-slowakischen Staates beeinflusst, sondern auch die Geburtenziffer des Sudetendeutschtums auf einen unerhörten Tiefstand herabfallen lassen. Einige Zahlen sollen die biologische Lage des Sudetendeutschtums beleuchten.

Bei der Volkszählung von 1880 wurden in Böhmen, Mähren und Schlesien 2 928 000 Deutsche und 5 113 000 Tschechen gezählt. Bis zur Volkszählung von 1910 war die Zahl der Deutschen auf 3 492 000 und die der Tschechen auf 6 336 000 gestiegen. Bei der Volkszählung von 1930 aber wurden nur noch 3 071 000 Deutsche gegenüber 7 309 000 Tschechen gezählt. Der deutsche Anteil an der Gesamtbevölkerung Böhmens, Mährens und Schlesiens ist von 1880 bis 1930 also von 36,04 auf 29,19 v. H. gesunken. Ist diese Verschiebung der völkischen Kräfteverhältnisse zum großen Teil auch darin begründet, daß früher dem deutschen Volkstum gezählte Personen mit ihrer Zustimmung oder (was meist der Fall gewesen ist) gegen ihren Willen bei der Volkszählung von 1930 als Tschechen aufgeführt worden sind, so kommt in diesen Zahlen doch nicht bloß die politische Entmachtung, sondern auch die biologische

Schwächung des Sudetendeutstums zum Ausdruck. Es werden heute in der Tschecho-Slowakei jährlich bereits 20 000 deutsche Kinder weniger geboren, als für die Erhaltung des gegenwärtigen deutschen Volksbestandes notwendig ist. Die sudetendeutschen Mittel- und Kleinstädte weisen zum Teil geringere Geburtenziffern auf als die geburtenärmsten Großstädte Europas. Im Jahre 1933 hat es auf das Tausend der Bevölkerung in Reichenberg 6,92, in Karlsbad 7,57, in Mährisch-Schönberg 7,82 und in Leptitz-Schnaua 8,30 Lebendgeburten gegeben; das ist weniger als in Berlin (8,7 a. L.), Prag (10,8 a. L.), Paris (12,6 a. L.) oder London (13,2 a. L.). Nur eine einzige der europäischen Hauptstädte hat in diesem Jahre eine unter dem Niveau der sudetendeutschen Mittel- und Kleinstädte gelegene Geburtenziffer gehabt, nämlich Wien, wo auf das Tausend der Bevölkerung nur noch 6,5 Lebendgeborene trafen.

Der in Mähren gelegene Hohenstädter Bezirk wird von den Tschechen als einer der nationalstrategisch wichtigsten Abschnitte ihres Staatsgebietes betrachtet. Denn dieser Bezirk liegt im „tschechischen Korridor“, der die größte, 126 000 Deutsche zählende Sprachinsel des Staates, den Schönhengstgau, vom geschlossenen deutschen Sprachgebiet trennt. Auf diesen Bezirk hat sich daher die Tschechisierungspolitik der „Narodni Jednota“ besonders geworfen. Die großen Erfolge, die hinsichtlich der Verringerung des Deutstums und der Stärkung des Tschechentums dieses Bezirkes im Laufe weniger Jahrzehnte erzielt worden sind, lassen sich aus folgenden amtlichen Angaben entnehmen: Die frühere deutsche Mehrheit im Bezirk Hohenstadt war schon um die Jahrhundertwende gebrochen; der Bezirk zählte im Jahre

1880	..	38 840	Deutsche	33 555	Tschechen	1910	..	33 007	Deutsche	37 445	Tschechen
1890	..	36 944	..	35 086	..	1921	..	26 987	..	40 540	..
1900	..	34 704	..	35 682	..	1930	..	26 017	..	42 004	..

Im Jahre 1880 hat es im Bezirk Hohenstadt also etwa 5 300 mehr Deutsche als Tschechen, im Jahre 1930, fünfzig Jahre später, dagegen fast 16 100 mehr Tschechen als Deutsche gegeben. Der deutsche Anteil ist im Laufe eines halben Jahrhunderts von 53,7 v. H. auf 38,2 v. H. gesunken. — Ein besonders krasses Beispiel dafür, wie sehr der ständige Geburtenrückgang den Bestand des Deutstums in einzelnen Landesteilen, aber schließlich auch im ganzen Staate bedroht, bietet das Städtchen Groß-Lomniz in der Sip. Dort gibt es zur Zeit etwa 1 100 Deutsche; im Jahre 1935 wurden dort nur 3 (in Worten: drei) deutsche Kinder geboren. Das Städtchen hat auch ein Zigeunerviertel, das von 150 Zigeunern bewohnt wird; im Jahre 1935 wurden aber 16 Zigeunerfinder geboren. Wenn die Bevölkerungsbewegung so bleibt, wie sie in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt, dann wird Groß-Lomniz in 20 Jahren nicht mehr eine deutsche Stadt, sondern ein Zigeunerdorf sein. . . .

Eine für das Sudetendeutstum bedenkliche Entwicklung weist auch die Statistik der nationalen Mischehen auf. In den Jahren 1925-27 sind im ganzen Staatsgebiet 10,9 v. H. aller von deutschen Volksangehörigen eingegangenen Ehen nationale Mischehen gewesen. In den genannten drei Jahren hat es jährlich im Durchschnitt 3 256 Eheschließungen deutscher Volksangehöriger mit andersnationalen Partnern gegeben. Nimmt man nun, was der Wirklichkeit nahe kommen dürfte, für die Nachkriegszeit jährlich 3 000 von deutschen Partnern eingegangene nationale Mischehen an, so ergibt das bis 1935 einschließlich 40 000 bis 45 000 Mischehen deutscher Volksangehöriger mit fremdvölkischen Partnern, unter denen die Tschechen und Slowaken mit etwa 90 v. H. die erste Stelle einnehmen. Aus diesen Mischehen sind seit 1920 etwa 50 000 bis 60 000 Kinder hervorgegangen. Da die Kinder aus Mischehen in völkischer Hinsicht zumeist dem Ehepartner folgen, der zu dem im Besitze der politischen Macht befindlichen Volkstum gehört, bedeuten die Mischehen, die, wie gesagt, 10,9 v. H. aller von deutschen Volksangehörigen eingegangenen Ehen ausmachen, einen empfindlichen biologischen Verlust für das Deutstum des „tschechoslowakischen“ Staates.

Es ist klar, daß man auf tschechischer Seite diese, hier mit einigen wenigen Zahlen beleuchteten bevölkerungspolitischen Vorgänge innerhalb des Deutstums der Sudeten-

länder und der Slowakei mit Genugtuung verzeichnet und in ihnen den beabsichtigten Erfolg des wirtschaftlichen und völkischen Vernichtungskampfes erblickt, an dessen Ende der tschechische Nationalstaat stehen soll. Mit voller Klarheit hat die „Narodna Politika“ die tschechischen Absichten und Hoffnungen vor kurzem in einem Artikel zum Ausdruck gebracht, in dem sie auf Grund der gegenwärtigen Entwicklungstendenzen Berechnungen über die voraussichtliche Bevölkerungslage der Tschecho-Slowakei im Jahre 1970 angestellt hat. Bis zu diesem Zeitpunkt, heißt es da, werde sich die Zahl der Tschechen und Slowaken auf 13 Millionen erhöht, die der Deutschen aber auf 2,8 Millionen vermindert haben; Magyaren werde es dann noch 300 000, Ukrainer noch 120 000, Juden noch 50 000 und Polen noch 30 000 geben. In einem Menschenalter, so hofft das Blatt, werden also Tschechen und Slowaken im Staate eine vier Fünftel Mehrheit, die Deutschen aber nur noch eine 17%ige Minderheit bilden, und die Tschecho-Slowakei werde „ein national einheitliches Land im Sinne des tschechoslowakischen Volkes“ darstellen. „Es ist zu hoffen“, heißt es in diesem die tschechische Mentalität charakterisierenden Aufsatz dann weiter, „daß in den vier kommenden Jahrzehnten der Assimilationsprozeß auf die zerstreut lebenden Deutschen noch stärker einwirken wird als bisher und daß im Jahre 1970 die deutschen Volkstumsgruppen in Pilsen, Budweis, Oltau, Olmütz und Mittelmähren vollkommen verschwunden sein, sich in Zglau, Znaim, Dux und in der Slowakei zu bedeutungslosen Trümmern und in Leitmeritz, Billa, Brüx und Troppau zu Minderheiten verwandelt haben werden“. Es ist notwendig, sich diese Hoffnungen und Absichten des von einem fanatischen und grausamen Vernichtungswillen beherrschten Gegners vor Augen zu halten.

Vom Schrifttum der Sudetendeutschen

Aus zwei Landschaften vor allem fließen dem deutschen Schrifttum stetig neue schöpferische Kräfte zu: aus Schwaben und aus dem Sudetenraum. Man läßt gewöhnlich die im ganzen fast zu allen Zeiten so glücklosen politischen Verhältnisse um das Sudetendeutschtum Schuld daran haben, daß seine Leistungen nicht recht erkannt und sozusagen falsch gebucht sind — der sudetendeutsche Anteil an der Entwicklung des gesamtdeutschen Schrifttums müßte nicht so vergessen sein. Zur Richtigstellung einfach (nicht um irgendeiner Eitelkeit zu dienen) sei an einiges davon erinnert.

Notwendig wird diese Erinnerung (ich fasse von vornherein nur die jüngere und jüngste Zeit ins Auge) zurückgehen bis zum Anfang des neueren deutschen Schrifttums überhaupt und da gleich auf ein Ereignis stoßen, das im wesentlichen sudetendeutsch ist: in den Kanzleien der deutschen Städte Böhmens wurde die neuhochdeutsche Schriftsprache ausgebildet, von Böhmen her hat sie sich als Verkehrssprache durchgesetzt, ihre erste große Dichtung ist im deutschen Teil Böhmens entstanden: das Streitgespräch des Albrechts von Böhmen von Johannes von Saaz.

Die Entwicklungspause nach dieser Großtat ist allgemein und nicht allein im Dichterischen beschloffen. An der nächsten Hochzeit der gesamtdeutschen Entwicklung hat das Sudetendeutschtum gleich wieder Anteil. Die humanistischen Gedanken der Klassik kommen im Sudetenraum zu vielfacher und bedeutsamer Auswirkung, ihre Kunstlehre findet auch hier mancherlei Erfüllung. Und in die Reihe der großen Dichter dieser Zeit stellt auch das Sudetendeutschtum seinen Vertreter: Adalbert Stifter.

Daß ein anderer Sudetendeutscher, der der Zeitfolge wegen jetzt genannt werden muß, so wenig als solcher bekannt ist, scheint nicht so verwunderlich: er hat sich selber hinter allerlei Maskierung versteckt und sein Werk, die Begründung des nationalpolitischen Romans, geht bis heute meist noch unter seinem Decknamen Charles Sealsfield — sein richtiger Name war Karl Postl und er stammte aus einem Dorfe bei Znaim in Mähren.

Nur weil sie überall als österreichische Dichterin angesprochen wird, weiß man nicht, daß auch die große Erzählerin Marie von Ebner-Eschenbach aus Mähren stammt. Eigentlich wird ihr Werk (wie Stifters) erst in der Verbundenheit mit seinem sudetendeutschen Ursprung ganz verständlich.

In etwas anderem Sinne von ihrem sudetendeutschen Ursprung her sind die frühen Werke von Eröbl, Hohlbaum, Haas und Wäslitz zu verstehen. Hier ist

das Heimateerbe nicht nur Moment der künstlerischen Formung, sondern auch deren Gegenstand. Diese sudetendeutschen Dichter haben sich zuerst zu Stimmen der Not und des Kampfes im Grenzland gemacht und haben schon vor dem Kriege die Schicksale des gefährdeten Deutschtums im Grenzland gekündet. Viel zu wenig hat man auf diese Rufer gehört. Und erst viel später hat man wieder gesucht, was hier schon gefunden war.

Man war überhaupt zu tief in der Meinung befangen, ein Kunstwerk ließe sich für sich betrachten. Wer weiß, daß Geburtsort und Geschlechterreihe mehr sind als Daten zur äußeren Biographie, der wird auch im Werke Rainer Maria Rilkes, wenigstens an vielen seiner Gedichte, aufzeigen können, was davon sudetendeutsch ist. Kehnlich muß sich in der Eheil Georg Trakls (der durch seine Mutter hergehört) und ganz sicher in den Dramen Diehenschmidts Sudetendeutsches finden lassen.

Erwin Guido Kolbenheyer hat selbst sich und sein Werk dem Sudetendeutschtum verbunden. Er wirkt als schöpferischer Vermittler zwischen dem Gedankengut des Gesamtdeutschtums und seiner sudetendeutschen Heimat.

Die verschiedenen sudetendeutschen Landschaften und den sudetendeutschen Menschen spiegeln die Dichtungen von Gustav Leutelt und Bruno Hans Witzel.

Die nach dem Weltkrieg erst zu schreiben beginnen, sind hier nicht ohne weiteres anzufügen, zu tief, zu verändernd ist der Einschnitt. Und zu viel verlangen die neuen ungeahnten Räte vor der ruhigen Erfüllung der sudetendeutschen Aufgabe: Bewahrer wie Vermittler zu sein.

In dieser Lage schreibt Bruno Brehm die dichterische Geschichte vom Zerfall Oesterreichs, er wie der Egerländer Gustav Cartellieri und der Mährler Rudolf Mimra erzählen vom deutschen Soldaten in der österreichischen Armee.

Wilhelm Pleyer versucht als Erster von den Jungen das sudetendeutsche Erlebnis der Nachkriegszeit zu fassen. Ernst Leibl gibt der neuen Schaar die ersten Lieber. Das neue Bauernleben schildert Hugo Scholz, das so ganz anders gewordene Studentenleben in Prag Franz Höller. Robert Lindenbaum schreibt einen Roman vom Arbeiter.

Eine Zeitschrift, die sich in vielfacher Bedeutung nach der ersten großen sudetendeutschen Dichtung „Der Ackermann aus Böhmen“ nennt (Hans Waghlik und Karl Franz Leppa leiten sie), sammelt alle neuen Kräfte und schafft auch den jüngsten Wirkungsraum. Einen zweiten Sammelplatz bieten die „Sudetendeutschen Monatshefte“ (Die Wilhelm Pleyer herausgibt). Nicht einmal die Namensliste aller dieser Neuen ist hier vollständig zu machen. Reicher als je fließen da drüben von aller Widrigkeit nicht zu hemmen, wider große und kleine Quellen. Auch was aus diesem neuen Aufbruch werden mag, wird letztlich für das ganze Deutschland. So selbstverständlich wie in einem kleinen Lied, das die Sudetendeutschen wie ein Volkslied singen, das Bächlein zu der Eger, die zur Elbe, und die ins deutsche Meer muß. Ulbricht.

Ostland-Chronik

40 000 Deutsche hungern.

Ueber die Lage der deutschen Arbeiter Ostoberschlesiens nach 9 Jahren Groyznistischer Amtstätigkeit gibt eine Statistik des „Deutschen Volksbundes für Polnisch-Schlesien“ Auskunft. Die Zahlen, die sich auf den 1. April 1935 beziehen, betreffen nur die Mitglieder des Volksbundes, erfassen also nicht das gesamte ostoberschlesische Deutschtum. Danach sind vor anderthalb Jahren 14876 Mitglieder des Deutschen Volksbundes arbeitslos gewesen. Dazunter haben sich 6269 ledige Arbeitslose befunden. Rechnet man die Frauen und Kinder der verheirateten Arbeitslosen hinzu, so ergibt sich eine Zahl von 39718

deutschen Menschen, die schon damals dem größten Elend ausgesetzt waren. Von den damals arbeitslosen Mitgliedern des Deutschen Volksbundes hat inzwischen kaum einer wieder Arbeit und Verdienst erhalten. Aber die Zahl der Arbeitslosen hat sich inzwischen noch bedeutend erhöht.

„So weit sind wir noch nicht“

Bei dem Kriegsbeschädigten Josef Kasperel in Königshütte erschien Anfang September ein Beamter des Arbeitslosenkomitees, um die Bedürftigkeit der aus fünf minderjährigen bzw. arbeitslosen Personen bestehenden Familie, die von einer monatlichen Rente von 43,20 Floty und einer Naturalunterstützung ihr Leben fristet,

zu überprüfen. Bei dieser Gelegenheit erkundigte sich der Beamte danach, in welche Schule das jüngste Kind Kaspereks geht. Als er hörte, daß es die deutsche Minderheitenschule besucht, erklärte der Prüfer: „Wenn das Kind in die deutsche Schule geht, bekommen Sie auch Unterstützung von den deutschen Verbänden“. Trotzdem dies nicht der Falle ist, wurde Kasperek, als er seine Naturunterstützung für Oktober abholen wollte, mitgeteilt, daß ihm die Unterstützung gesperrt worden sei. Da er Einspruch erhob, wurde er an das Arbeitsamt verwiesen, wo ihm zunächst von dem seinen Fall behandelnden Beamten erklärt wurde, die Unterstützung sei ihm gestrichen worden, weil seine Rente den Höchstsatz überschreite. Kasperek wies darauf hin, daß seine Rente unter diesem Satz liege. Der Beamte bestritt das, weigerte sich aber, Kasperek in die Bestimmungen Einblick nehmen zu lassen. Schließlich bequeme er sich dazu, den wicklichen Grund anzugeben: „Für Volksbündler gibt es nichts. Gehen Sie zum Volksbund um Unterstützung. Hier ist nicht Deutschland. Hier ist Polen. So weit sind wir noch nicht.“ — Der Beamte hat Recht: So weit sind die Polen noch nicht, daß sie einem Deutschen das gleiche Recht wie einem Polen zukommen lassen; so weit sind sie noch nicht, daß sie es ohne nationale Hemmungen über sich bringen, den Hunger eines Deutschen zu stillen; es ist auch fraglich, ob sie jemals so weit kommen werden.

Der Arbeitsdienst in Polen

Mit Wirkung vom 16. September ist der Freiwillige Arbeitsdienst in Polen dem Kriegsministerium unterstellt worden. Zum Kommandanten des Arbeitsdienstes ist ein aktiver Offizier ernannt worden. Der Dienst soll nach wie vor freiwillig bleiben. Es ist jedoch anzunehmen, daß bei der Vergebung der öffentlichen Unterstützungen an die Arbeitslosen auf die jugendlichen Unterstützungsempfänger ein gelinder Druck, sich zum Arbeitsdienst zu melden, ausgeübt werden wird. Die Zahl der Arbeitsdienstfreiwilligen, die zeitweise etwa 20000 Mann betragen hat, ist gegenwärtig wieder auf 12000 gesunken. Sie soll im Rahmen der neuen Organisation auf 100000 Mann erhöht werden. In den zweijährigen Kursen sollen die Teilnehmer (im Alter von 18 bis 20 Jahren)

eine gewisse militärische Erziehung und berufliche Fachausbildung erhalten. Nach Ableistung der Arbeitsdienstzeit sollen sie unmittelbar in den Heeresdienst überführt werden.

Politische Lyrik

Eine Probe hiervon gab vor einiger Zeit die „Polska Zachodnia“. Das „Gedicht“ beschäftigt sich mit dem Wohnungselend in Kattowitz. Es stöhnt über „das böse Erbe der deutschen Zeit“ und besingt die Leistungen des polnischen Aufbaus. Das sieht in Uebersetzung dann so aus:

„Friedhof der Häuser! Ach, nicht nur
Verräucherte Zelte!
Wie Leichengeruch weht aus euch
germanischer Wind.
Das stellte einst Deutschland hin;
das ist der Geist Bismarcks.
Hinter gespenstlichen Wänden, eine Dogge
Knurrt er noch unablässig.
Doch ringsum neues Leben
Schüttelt die Locken.
Neue Häuser, neue Bauten
Breiten sich schmad.
Jeder ringsum schauende
scharfe Beobachter,
Jeder wird lauter Herold
des polnischen Kattowitz.

Dr. Walicki erfindet „polnische“ Künstler

In Warschau ist ein neues polnisches Nationalmuseum im Bau. Es wird nach seiner Vollendung die größte Kunstsammlung Polens enthalten. Deren Hauptstück wird eine Gemäldegalerie sein, die es freilich mit den großen öffentlichen Sammlungen in München, Berlin, Wien, Florenz, Rom und Paris nicht wird aufnehmen können. Die Galerie ist vor ihrer Ueberführung in das neue Gebäude einer grundlegenden Neuordnung unterzogen worden. Leider haben die betreffenden Stellen auch hier von der leidigen Angelegenheit nicht ablassen können, Polen hier und da mit fremden Federn zu schmücken. So ist, wie in einem sachkundigen Bericht hierüber festgestellt wird, u. a. ein Bildnis von der Hand Hans Dürrers, der einige Zeit in Krakau gearbeitet hat, in die Abteilung „Polnische Malerei“ verfrachtet worden. Der neue Leiter der Gemäldegalerie, Dr. Walicki, hat schon in seinen wissenschaftlichen Arbeiten und in der von ihm organisierten „Ausstellung gotischer Kunst in Polen“ die Neigung gezeigt, eine zusammenhängende polnische Kunstgeschichte, die es

tatsächlich erst seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts gibt, weit in die Vergangenheit zurückverlängern. Es wird eine Aufgabe der deutschen Kunstgeschichtschreibung sein, sich mit diesen Methoden der polnischen Geschichtschreibung einmal gründlich auseinanderzusetzen. Die falsche Zuteilung, die in der Warschauer Gemäldegalerie Hans Dürer und den deutschen Hofmalern des 18. Jahrhunderts zuteil geworden ist, wiederholt sich auch bei dem Italiener Bernardo Bellotto, der unter dem Namen des Jüngeren Canaletto bekannt ist. Was dieser Italiener in seiner italienischen Heimat gemalt hat, ist in der Galerie der Abteilung für ausländische Kunst zugeteilt worden; was derselbe Meister aber in seinem letzten Wohnort, Warschau, geschaffen hat, ist von Walicki als „polnische“ Kunst herausgestellt worden. Dasselbe Schicksal hat Walicki auch dem längere Zeit in Polen tätig gewesenen Franzosen Koeblin de la Gourdanine zuteil werden lassen. „Auch manches andere Werk, das in die Abteilung der polnischen Kunst versetzt worden ist, dürfte“, wie es in dem Bericht weiter heißt, „bei genauer Nachprüfung noch Malern deutscher Herkunft zuzuwiesen sein“.

Kaffeehaus oder Büro

Es ist nicht verwunderlich, daß die gegenwärtige polnische Regierung in den Beamtenkreisen nicht besonders beliebt ist, wenn man bedenkt, in welcher „rücksichtsloser Weise“ Skladkowski und seine Minister in die „persönlichen Freiheiten“ ihrer Untergebenen einzugreifen versuchen. Muß es nicht verbitternd wirken, wenn es sich der Ministerpräsident angewöhnt hat, bald diesem, bald jenem Amt in Warschau oder in der Provinz, ohne jede vorherige Anmeldung, einen Besuch abzustatten? Ist es nicht eine starke Zumutung für einen schlecht bezahlten Beamten, sich während der Dienststunden dauernd in seinem Büro aufhalten zu müssen, weil er ständig damit rechnen muß, daß ihn der Ministerpräsident höchst persönlich in seiner ein wenig länger ausgedehnten Nachtruhe stört? Ist es nicht der Gipfel der Bürokratie, wenn dauernd neue Rundschreiben der Minister einlaufen, die die Beamten daran erinnern, daß sie während der Dienststunden nicht ins Bett und nicht ins Kaffeehaus, sondern an den Schreibtisch gehören? Da gibt es ein Rundschreiben, das es den Beamten verbietet, ihre Dienststunden im Restaurant zu

verbringen. Es ist ihnen verboten, zu spät im Büro zu erscheinen. Es ist ihnen verboten, sich von ihren Freunden und Gönnern zur Jagd einladen zu lassen. Es ist ihnen untersagt, während der Dienststunden ihrem privaten Erwerb nachzugehen. Und es ist ihnen schließlich auch nicht erlaubt, in Monte Carlo Roulette zu spielen. Es gibt noch viele andere Dinge, die der Beamte auf Grund ministerieller Erlasse nicht darf. Wer will sich wundern, daß eine derartige Mißachtung der menschlichen Würde in der Seele der polnischen Beamten keine Begeisterung für den Staat zu erwecken vermag.

Georg Kleinow †

Am 20. Oktober starb in Berlin nach längerem Leiden Geheimrat Georg Kleinow im 64. Lebensjahr. Er wurde 1873 als Sohn eines Gutbesizers und ehemaligen Vorschalters im östlichen Kongreßpolen bei Hrubieszow geboren und in einem preussischen Kadettenkorps erzogen. Als Herausgeber der Zeitschrift „Der Grenzboten“ gehörte er zu den bekanntesten politischen Schriftstellern der letzten Zeit des zweiten Reiches. Durch sein zweibändiges Werk „Die Zukunft Polens“ erlangte er den Ruf eines besonderen Kenners russisch-polnischer Verhältnisse. Zu Beginn des Krieges wurde er in die Reichskanzlei berufen, organisierte später das deutsche Pressewesen im Generalgouvernement Warschau und wurde schließlich zum Oberbefehlshaber Ost als Sachverständiger für polnische Fragen abkommandiert. Nach dem Zusammenbruch trat Kleinow als Leiter der deutschen Volkserärbewegung im Bromberger Abschnitt hervor. Seine damaligen Erlebnisse hat er in einem größeren Werk „Der Verlust der Ostmark“ (1934) niedergelegt. Während der Systemzeit unternahm er mehrere Reisen durch die Sowjetunion; er veröffentlichte mehrere Bücher über die wirtschaftlichen Verhältnisse im Rätestaat. Zuletzt war er Leiter des Ostseminars an der Hochschule für Politik in Berlin.

„Kieker Sprossen“ aus Ostpreußen

Lange Jahre befand sich die Fischerei Ostpreußens in schwerster Bedrängnis. Es fehlte ihr an geeigneten Fischereihäfen, an wissenschaftlicher Beratung, an wirksamer Absatzorganisation, an sachgemäßer Verarbeitung des Fanges und an Mitteln zur Ergänzung und Modernisierung des Arbeitsgeräts. In den letzten Jahren hat sich in dieser Beziehung schon vieles gebessert. In der Frage der Fischerei-

häfen, der Beschaffung von Arbeitsgerät usw. hat der Staat Hilfe gebracht. Aus der großzügigen Propaganda für die Hebung des Fischkonsums im Reich hat auch die ostpreussische Seefischerei Nutzen gezogen. Grundlegende Bedeutung aber kommt der in Ostpreußen entstandenen und sich weiter entwickelnden Fischkonserverindustrie zu. In Liep bei Rahlberg auf der Frischen Nehrung und in Pillau sind derartige Fabriken entstanden, die den Fischern ihre früher häufig nicht verwertbaren Fänge abnehmen. Der in Liep zuerst entstandenen Fischräuchererei ist eine Fabrik für Marinaden angegliedert worden. Auch die kleine Fabrik in Pillau hat einen erheblichen Aufschwung genommen; es können dort in der Fangsaison täglich etwa 20 000 Dosen „Sprotten in Öl“ hergestellt werden. Die reichen Heringsfänge werden bisher in Pillau nur gereinigt und gefalzen, um dann nach Hamburg zur weiteren Verarbeitung

geliefert zu werden. Mit der bevorstehenden Erweiterung des Pillauer Betriebes wird die Zwischenschaltung Hamburgs überflüssig und werden in Ostpreußen selbst „Heringe in Tomaten“ usw. hergestellt werden können. Dank dieser Einrichtungen können die riesigen Sprotten- und Heringschwärme, die vor der ostpreussischen Küste stehen, von den Fischern voll ausgenutzt werden. Es dürfte noch wenig bekannt sein, daß die „Kieeler Sprotten“ fast restlos aus Ostpreußen stammen. Neben Lachs und Dorsch spielt auch der kleine Stint für die ostpreussische Seefischerei eine beträchtliche Rolle; aus ihm wird das Stintmehl, ein wertvolles Düngemittel, gewonnen. Mit der Errichtung der Fabriken in Liep und Pillau hat im Rahmen des großen Ostpreußenprogramms die Provinz einen neuen Erwerbszweig erhalten, der den deutschen Bedarf an Fischkonservern größtenteils deckt.

Bücher über den Osten

Legenden um Jaga von Köpenik. Deutsche und slawische Kämpen im Kampf um Brandenburg in der Mitte des 12. Jahrhunderts. Von Herbert Ludat. Verlag von S. Hirzel, Leipzig 1936. Band 2 der Reihe „Deutschland und der Osten“, 54 Seiten. Preis 2,50 R.M. — Jaga war ein in Köpenik herrschender wendischer Fürst, der Albrecht dem Bären, dem Präbislaw von Brandenburg seinen Besitz vermacht hatte, das Erbe durch einen Überfall auf Brandenburg streitig zu machen versuchte. Die einzige Quelle, die hierüber Auskunft gibt, ist eine Chronik Heinrichs von Antwerpen, der in einigen Sätzen auf die Gegnerschaft Albrechts und Jagas Bezug nimmt. An diese Sätze, die einige Unklarheiten enthalten, insbesondere über Art und Herkunft Jagas keine Angaben machen, hat sich im Laufe der Jahrzehnte eine ausgedehnte Literatur geknüpft. Deren Umfang steht zu der an sich nur geringen Bedeutung des Ereignisses in einem merkwürdigen Mißverhältnis; er erklärt sich in der Hauptsache daraus, daß verschiedene polnische Historiker den Versuch gemacht haben, Jaga von Köpenik mehr oder weniger zu einem „polnischen Nationalhelden“, zu einem „Märtyrer des Elbflaventums“, zu einem „Opfer der intriganten Aslanier“ und dergleichen zu machen. Herbert Ludat hat die gesamte Literatur zu dieser Frage, sowohl die deutsche, wie die polnische, noch einmal kritisch gesichtet; er hat alle Möglichkeiten der Deutung noch einmal erwogen, und die phantasiereichen Romane, die vor allem die polnischen Historiker Jarkowski und Gumowski über Jaga zusammengedichtet

haben, noch einmal gehdrig zerpflückt. Ueber das behandelte Thema hinaus ist die wissenschaftliche Untersuchung Ludats auch insofern interessant, als sie an Hand eines typischen Falles die oft unsachlichen Arbeitsmethoden der polnischen historischen Wissenschaftler demonstriert. Ludat hat die Polen um einige Legenden ärmer gemacht.

Dr. K.

Monte, der Rebell. Aufstand in Preußen um 1260. Roman von Bocho Graf von Keszlerlingk. Verlag Dr. Fritz Beckhauer, Gdrlig 1936. 324 Seiten. Preis (Hängeline) 4,00 R.M. — Es ist nicht ganz klar, was sich der Verfasser dieses Buches dabei gedacht hat, als er sich dazu entschloß, seine unzulässigen Vorstellungen von der Geschichte des Deutschen Ritterordens in Preußen in Romanform zum Besten zu geben. Wenn es etwa seine Absicht gewesen sein sollte, die Tragik fühlbar zu machen, die in dem Kampf zwischen Deutschen und Pruzzen, zwischen zwei rassistisch verwandten Völkern, gelegen hat, so muß man ihm das Zeugnis ausstellen, daß dieser Versuch an seinem Unvermögen, volks-, geistes- und machtpolitische Vorgänge aus der Perspektive einer sieben Jahrhunderte zurückliegenden Zeit zu erfassen, gescheitert ist. Man meint mitunter ein Produkt des Ignaz Schein oder irgendeines anderen Sternes vom schamaitischen Literaturhimmel vor sich zu haben. Der Roman ist in seiner Verkennung zeitgebender Wertungen durchaus unhistorisch. Er verteilt Licht und Schatten in durchaus tendenziöser Weise. Er ist ein Verstoß gegen das deutsche Geschichtsempfinden.

Dr. K.

Das Reichsheinmal Lannenberg. Von **Gert Buchheit.** Verlag Knorr u. Hirth GmbH., München 1936. 64 Seiten mit 59 Bildern. Preis 2,40 *R.M.* — Dieses vornehm ausgestattete Buch gibt nach einer knappen Darstellung der Schlacht von Lannenberg einen Ueberblick über die Entstehung des vom Führer zum Reichsheinmal erhobenen Denkmals. Es enthält verschiedene Entwürfe, ferner zahlreiche Gesamt- und Teilanfichten des Denkmals und einzelner Kunstwerke. Die hervorragende Wiedergabe der Bilder macht das Buch zu einem wertvollen Dokument deutscher soldatischer Denkmalgestaltung. Dr. R.

Brückenkopf Elbing. Von **Hermann Kownacki.** Preußerverlag, Elbing 1936 119 Seiten, davon 30 Seiten Bilder. Preis 1,60 *R.M.* — Der hanseatische Geist und die Kraft des Deutschen Ordens haben gemeinsam den Grund zu Elbings Entwicklung gelegt. Die Stadt ist im 15. Jahrhundert in den Schatten des günstiger gelegenen Danzig getreten, und auch Königsberg, das dem offenen Meere näher und zentraler zum ostpreussischen Hinterland liegt, hat die Stadt am Elbingfluß überholt. Aber einstmals, ehe Danzig groß und Marienburg der Sitz des Hochmeisters wurde, war die 1237 gegründete Stadt Haupthandelsplatz und Hauptstiz des Ordens, und heute ist sie die wichtigste Industriestadt der östlichen Provinz des Reiches. Kownacki berichtet über die politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der Stadt, der neben Danzig, Marienburg und Königsberg zu Unrecht von den Besuchern Ostpreussens zu geringe Beachtung geschenkt wird. In Elbing wurden vor dem Kriege nicht nur Torpedoboote gebaut, und Elbing ist nicht nur der Sitz der größten Zigarettenfabrik Deutschlands (Loefer und Wolff), es ist auch eine Stadt, die in ihren Fachwerkhäusern, ihren Kirchen, Patrizierhäusern und Betschlägen die Zeugen ihrer großen Vergangenheit bewahrt hat. Wer Ostpreußen besucht, vergesse die Hanse- und Arbeiterstadt am Elbingfluß nicht. In der Schrift Kownackis findet er einen lehrreichen Führer durch ihre Entwicklung. Dr. R.

Untergegangene Bauernhöfe auf ostdeutschem Boden. Von **Wilhelm Friedrich Bogens.** Deutsche Landbuchhandlung, Berlin 1936. 107 Seiten und 64 Abbildungen. Preis kart. 4.— *R.M.* — Durch die deutsche Ostwanderung des Mittelalters war Ostdeutschland ein Bauernland geworden. Der großagrarische Charakter „Ostbiens“ ist die Folge einer Rückbildung der mittelalterlichen Kulturtätigkeit deutscher Bauern. Unter dem Einfluß endloser Kriege und verheerender Seuchen verödete das Land. Das Eindringen des römischen Rechtes minderte die Rechtsstellung der Bauern. Die Bauernbefreiung und die Industrialisierung des letzten Jahrhunderts führten zu einer weiteren Ausdehnung des Gutlandes auf Kosten des bäuerlichen Besitzes. Im ersten Teil des vorliegenden Buches werden diese agrarpolitischen Entwicklungen im Ganzen richtig, in manchen Einzelheiten nicht ganz zutreffend geschildert. Im zweiten Teil

führt der Verfasser an Hand einer ganzen Anzahl Beispiele aus Brandenburg, Pommern, Mecklenburg, Ostholstein, Easten und Schlesien den Untergang des ursprünglichen deutschen Bauerntums im ostelbischen Kolonisationsgebiet vor Augen. Jahrhunderte hindurch haben Landesherren, Grundherren und Städte (diese vor allem in Easten und Mecklenburg) das bäuerliche Siedlungsnetz der Ostwanderung vernichtet. Gebieterlich erhebt sich die Forderung: Ostdeutschland muß wieder das deutsche Bauernland werden, das es schon einmal war. Dr. R.

Voll auf dem Amboss. Kampfabschnitt Oesterreich 1933—35. Von **Sepp Dobiasch.** Rudolf Schneider Verlag, Reichenan/Te. 1936. 389 Seiten. Preis Ganzleinen 4,80 *R.M.* — Was sich in Oesterreich, seitdem im Reiche der Nationalsozialismus zur Macht gelangt ist, abgespielt hat, wird in diesem Schicksalsbuche des Menschen der deutschen Südostmark geschildert. Es geschieht ohne verbitternde Kritik am Regime Dollfuß-Schuschnigg, aber in dem Bemühen, die geistige Wandlung zu erfassen, die sich im deutschen Oesterreicher entgegen dem Willen dieses Regimes vollzogen hat: wie im Kampf gegen die Feinde der östlichen Einheit Oesterreichs mit dem Reich sich die Weichheit des österreichischen Stammes in die Härte opferbereiter Arbeit wandelt, wie aus der leichten Begeisterungsfähigkeit, die das Ziel schon erreicht wähnt, ehe der Weg zurückgelegt ist, der tiefe Glaube an die Idee des Nationalsozialismus erwacht, wie aus Aufstand und Not, in den Zuchthäusern und Anhaltelagern eine neue Gemeinschaft ersteht, die sich bewegt, stumm und zäh in die Front des Kampfes um ein größeres Deutschland einordnet. Die ersten Kapitel des Buches sind der Aufgabe nicht völlig gewachsen. Dann aber erhebt sich die Darstellung zu dramatischer Spannung, zu wirklicher, überzeugender Schicksalsgestaltung. In den kurzen Unterhaltungen, in denen sich der Gang der Handlung bewegt, wird mit wenigen, unpathetischen Worten das Wesentliche gesagt. Aus scheinbar nebensächlichen Dingen wird der beherrschende Gedanke entwickelt. Im Erleben einiger Menschen wird das für Gesamtdeutschland entscheidende Geschehen auf dem Kampfabschnitt Oesterreich zusammengefaßt. Es ist für die Deutschen im Reiche, in dem die Träger der Idee im Besitz der Macht sind, gut zu wissen, wie und warum die Deutschen Oesterreichs, um die Verwirklichung der Idee ringend, opfern und kämpfen. Dr. R.

Deutschland, geopolitisch gesehen. Von **Karl Springenschmid.** 54 Zeichnungen auf 18 Bildtafeln. Preis 0,60 *R.M.* — Die Staaten als Lebewesen. Geopolitisches Etizzenbuch. Von **Karl Springenschmid.** 64 Seiten mit 244 Kartenskizzen. Preis geb. 4,40 *R.M.*, Halbleder 5,40 *R.M.* — **Deutschland und seine Nachbarn.** Geopolitische Bildreihe. Von **Karl Springenschmid.** 64 Seiten mit Kartenskizzen und Text. Preis kart. 2,80 *R.M.* — **Der Donauraum.** Oesterreich im Kraftfeld der Großmächte. Geopolitische Bildreihe. Von

Karl Springenschmid. 60 Seiten mit Kartenzügen und Text. Preis kart. 2,80 RM. — Diese vier geopolitischen Kartenwerke sind im Verlag Ernst Wunderlich, Leipzig, erschienen. Was sich textlich niemals mit voller Klarheit ausdrücken läßt, wird hier auf den Kartenzügen knapp und einprägnant dargestellt. Alles Ueberflüssige, was vom Thema der Züge ablenken könnte, ist weggelassen worden. Jede Karte behandelt immer nur ein Thema, ist also mit einem Blick zu erfassen. Was sie darstellt, wird jeweils in einem kurzen nebenstehenden Text geschichtlich, geographisch oder völkisch erläutert oder auch nur schlagwortartig betont. Die bleibenden Kräfte, die hinter jedem tagespolitischen Ereignis stehen, sind in Karte und Wort auf ihre knappste Formel gebracht. Ausgangspunkt der Betrachtung sind nicht die Völker, sondern die Staaten, deren Entwicklung auf den politischen Machtwillen der sie bewohnenden Völker zurückgeführt wird. Dieser Machtwille, der sich den Besetzen des Raumes anpaßt, wird in den geopolitischen Skizzenbüchern auch für den Ungelehrten lebendig. Die Bücher sind eine hervorragende Schulung für geopolitisches Denken, für ein Denken, das davor bewahrt, außenpolitischen Phrasen und Ideologien zum Opfer zu fallen. Dr. K.

Worpel. Die Jugendgeschichte eines Elches. Von Otto Boris. R. Thiemeemanns Verlag, Stuttgart 1938. 159 Seiten. Mit Zeichnungen von Prof. Walter Klemm. Preis 4,20 RM. — Otto Boris hat in seinen Tiergeschichten eine eigene Form des Erzählens gefunden. Mit einer innigen Vertrautheit mit dem Leben der Tiere verbindet er die Kunst eines humorvollen Erzählens, das die Welt samt ihren Menschen aus der Perspektive eines Biberweiners zu erfassen vermag. Von dem Tage an, an dem Worpel als ein sonderbar hochbeiniges Wesell zwischen Kiegras, Rohrhalben und Wacholderbüschen das Licht der Welt erblickt, verfolgt die Erzählung sein Elchleben bis zu dem Abend, an dem er als kräftiger Bursche mit breit ausladenden Schaufeln seinen Nebenbuhler auf die herbstliche Waldwiese drückt. Das jämmerlich stierende Kerlchen entwickelt sich zu einem mit allen Wassern gewaschenen Grobian, der gegen fremde Weiden die Ruhe und Freiheit seines Revieres behauptet. Mit seltener Klarheit erwächst das landschaftliche Bild der Memelmündung und der Kurischen Nehrung. Seit Hermann Böns seine Heidebücher schrieb, hat wohl niemand mehr ein so reifes und packendes Tierbuch geschrieben, wie es Boris mit seinem „Worpel“ vorgelegt hat. Dr. K.

Männer am Meer. Roman aus dem lettischen Seemannsleben. Von Richard Waldes. Aus dem Lettischen übersetzt von Alfred Kröger. Verlag der AG „Ernst Platow“, Riga 1936. 263 Seiten. Preis 2,40 RM. — Die Literatur eines Volkes mit noch junger Eigenkultur hat zumeist das Bestreben, das eigene Volk so darzustellen, wie sie es gern von den anderen gesehen wissen möchte. Sie tritt der Wirklichkeit noch nicht völlig selbstlicher

und unbefangenen entgegen. Das ist auch bei dem Roman von Richard Waldes der Fall. Er schildert die Bauern eines lettischen Küstendorfes, die sich aus eigener Kraft eine Flotte aufbauen, auf der sie Betreide aus Lettland nach Petersburg und Fische von der Murmanküste nach Riga verfrachten. Es sind alles urwüchsige Kerle, unternehmungslustige Seebären, Burschen und Männer mit einem deren Selbstbewußtsein und gut ausgebildeten Muskelpaketen, neben denen sich die Herren aus Riga wie lakirierte Marionetten und die Russen wie betrunkene Lölpel ausnehmen. In starken Konturen werden die Charaktere der Männer gezeichnet, in weicheren Linien gemalt erscheinen die Frauen. Es wird ein lebhaftes Bild der Arbeit und der Feste dieser Menschen entworfen, die das Leben mit einem Ueberfluß an körperlicher Kraft und einer gewissen gutmütigen „ehelozagajst“ „nidret“ „ezem“ „slagib“ freilich vergleicht man ein wenig skeptisch die hier geschilderten Menschen mit den politischen Ereignissen in Lettland seit dem Beginn dieses Jahrhunderts. Es scheint, daß diese Menschen nicht ganz zu den Ereignissen passen. Dr. K.

Die Estländische Ritterschaft. Von Haffo von Wedel. Ost-Europa-Verlag, Königsberg i. Pr. 1935. — Während über die Geschichte der Livländischen Ritterschaft bereits seit einigen Jahren eine ausführliche und gründliche Arbeit aus der Feder eines baltischen Sachkenners vorliegt, bestand für das benachbarte Estland in dieser Hinsicht eine belagenerverre Lücke. Ein junger reichdeutscher Geschichtsforscher, Dr. Haffo von Wedel, hat es unternommen, die Lücke auszufüllen. Seine Abhandlung über die Estländische Ritterschaft, vornehmlich zwischen 1740 und 1783, erlaubt uns die Feststellung, daß sichtlich Liebe zu Land und Leuten und eifriges Studium des vorhandenen Quellenmaterials im Lande selbst den Abstand verringern halfen, der ihn als Binnendeutschen von seinem völkedeutschen Thema trennt. Dem Thema, das den heutigen Leser vielleicht als verstaubt und unzeitgemäß anmuten könnte, kommt eine große, ja entscheidende Bedeutung für die Erforschung der Grundlagen des heutigen baltischen Deutschtums zu, da die bis zum Jahre 1917 in Kraft gewesene ständische Verfassung der baltischen Provinzen den vier baltischen Ritterschaften Liv-, Est-, Kurlands und der Insel Oesel eine überragende Bedeutung im Kampf um die Erhaltung des deutschen Volkstums im baltischen Raum zugewiesen hatte. Waren doch die ritterschaftlichen Organe bis zum Zusammenbruch des baltischen Ständeregiments die alleinigen politischen Hoheitsträger des Landes. Wenn es sich auch bei den andauernden Kämpfen der Ritterschaften anfangs mit der Schwedischen, sodann mit der russischen Krone in erster Linie um die Behauptung der ritterschaftlichen Vorrechte handelte, so waren diese doch so sehr mit den Landesrechten und mit den Vorrechten des deutschen Volkstums, der deutschen Sprache und des deutschen religiösen Bekenntnisses in diesem Raum ver-

quidit, daß auch diese letzteren stets in die ritterschaftlichen Kämpfe mit einbezogen waren. Es ist dankenswert, daß die vorliegende, in der Reihe der „Ostpreussischen Forschungen“ erschienene Schrift reichhaltige und wohlgeordnete Materialien zu einer künftigen Geschichte der deutsch-baltischen Volksgruppen zusammengetragen hat. Dem Freunde des vom Verfasser behandelten Spezialgebiets bietet die Schrift darüber hinaus eine lebendige Darstellung alles Wissenswerten über die Landes- und Verwaltungspolitik der Estländischen Ritterschaft und eine Fülle von wertvollen Hinweisen für die Familiengeschichtsforscher. R. W.

Schicksalwende 1914. Von Dr. Bernh. Pohl. Carl Heymann Verlag, Berlin 1935. 75 Seiten und 3 Kartenbeilagen. — Die politischen und militärischen Ereignisse von August 1914 bis zum Jahresende sind hier in gedräng-

ter Kürze dargestellt worden: der Aufmarsch im Westen, die Marne-Schlacht und der Wettlauf zur Küste, die Vernichtung der russischen Heere in Ostpreußen, der Rückzug der österreichischen Armeen in Galizien und der deutsche Vorstoß auf Lody. Der Verfasser betrachtet die strategischen Grundgedanken, die die ersten Monate des Großen Krieges beherrschten. Alle Versuche, die Entscheidung in kurzer Zeit zu erzwingen, blieben für beide Parteien ohne Erfolg. Als das Jahr 1915 begann, war der Bewegungskrieg, der eine rasche Entscheidung hätte herbeiführen können, im Schlingengraben erstarrt; die belagerte Festung Deutschland sah sich vor die Notwendigkeit gestellt, sich wirtschaftlich und seelisch auf eine längere Kriegsdauer einzustellen, und die Zeit begann gegen die Mittelmächte zu arbeiten. Bis zu dieser entscheidenden Wende des Krieges reicht die Darstellung Pohl's. Dr. R.

SACHSEN

Druckerei
Bürobedarf - Büromöbel
Mercedes-Schreibmaschinen

Zocher

Dresden, Wilsdruffer Straße 24
Zittau, Bahnhofstraße 9

Rheinmetall

Klein- und Standard-
Schreibmaschinen
Büromöbel — Zubehör
Lager von gebrauchten Schreibmaschinen
Gerhard Schwarzer
Löbau Sa. Tel. 2036

Lieferant des B.D.O.

für

Gummistempel - Metallstempel
Numerotouren - Paginier - Maschinen
- Kissen - Farben - Halter -

Stempelfabrik
Arno Lietz, Dresden A1

Breite Str. 6 — Ruf 22385

Zuverlässig und preiswert
Eiellig Gummistempel in wenig
Stunden!

Hotel Hoeritzsch

Dresden A, Bismarckstr. 14, am Hauptbahnhof
Wein- u. Bier-Restaurant, Gesellschaftsräume
Moderne Fremdenzimmer mit B. Wasser und
Reich-Telefon Licht, Garagen. Gute preis-
werte u. submerkante Bedienung. Verkehrs-
knoten des Landes der Ost- u. West-Preußen

Besucht die Gaststätte
Stadt-Krug
Zittau, Markt 8

Inh.: Ostland-Kamerad Paul Triebwasser

Teller & Roßberg
Neugersdorf, Sa.

Ostpreussisches Grenzlandgebiet

Herstellung von Druck-
sachen aller Art • Massen-
auflagen auf Rotations-
maschinen • Buntdrucke

Berlag der
Oberlausitzer Tageszeitung

E. E. Bernhardt
Bautzen i. Sa.

Buchdruckerei

Buchbinderei

Linieranstalt

MARK BRANDENBURG

Carl Pohl, Guben

Postschließfach 101

Herrn-, Anzug-
Paletot-, Hosen-
Damen-, Mantel-
Complet-, Kostüm-
Kleider-, Rock-

Stoffe

Muster franko!

Erd- u. Feuerbestattung

Überführung von
und nach auswärts
mit eigenem
Überführungswagen

C. Haase Nachfig., Cottbus

Inhaber: Karl Bremer

Lausitzer Straße 3. Fernruf 2437

• **Briefmarken** •

Auswahlen aller Länder

Auf Michel 70-75 % Rabatt. Briefmarken-
Alben jedes Verlags. Preisliste mit
Beschreibung gratis.

H. Schwelitz, Cottbus, Berter Straße 156

Wir bitten unsere Bezahler diese
Inserate besonders zu beachten!

BERLIN

Weinstuben

HUTH
POTSDAMERSTR. 139

MÖBEL

KAMERLING, BERLIN
8, Kastanienallee 56
Kasse u. Teilzahlung

Für Ihre
Druckarbeiten

Westkreuz-Druckerei
Berlin-Lichtenrade
Moltkestraße 7

Bundesmitglieder
lassen nur beim Ländemann
Färberei Blitz
(Inhaber Franz Riedel)
Berlin-Adlershof
Hoffmannstraße 15
reintigen u. färben! Abholung u. Lief-
erung frei Haus. Fernspr. P 3, 7494

Eine kleine Anzeige
ist besser als keine Anzeige!

Glittetten
Weltmarken
Plakate

Briefbogen - Diplome
Roman Greulich
Ulthegr. Kunstwerkstatt • Steindruckerei
Berlin NO 43, Gollnowstraße 12
Fernruf E 3, 1599. Mitglied v. B. D. O.

Den Mitgliedern des Bundes
Deutscher Orten und dessen angeschlossenen Verbänden
bietet sich Gelegenheit

Sterbegeldversicherungen
in Höhe von RM. 100,- bis RM. 1500,-
zu günstigen Bedingungen abschließen

STERBEFÜRSORGE
Verwaltungsges. Aufbaukredit f. Grenz- u. Ausländerdeutsche G.m.b.H.
Berlin W 30, Motzstr. 46

Jaehde
GALVANOS
JEDER ART
RUF-SAMMEL NR. 1700NHDF 3553
BERLIN SW 68 • HOLLMANNSTR. 16

OSTPREUSSEN

Die Stadtwerke Insterburg

mit ihrem Gas-, Elektrizitäts-, Kanal- und Wasserwerk, Omnibus-, Müllabfuhr- und Verkaufsbetrieb sind der ständige stille Helfer jedes Volksgenossen im Stadtgebiet. Sie bedienen Haushalt, Gewerbe und Industrie mit Energie und Kraft, liefern Gas, Elektrizität und Wasser, übernehmen den Verkehr, beseitigen Abwässer und Müll

zu günstigen Tarifen.

Sie vermitteln die Errungenschaften des Fortschritts und der deutschen Kultur- und Qualitätsleistung. Sie beraten und betreuen jeden Volksgenossen in seinen Wünschen nach Schönheit der Arbeit und Annehmlichkeit des Lebens.

Oster & Co., G.m.b.H.
Königsberg i. Pr., Weidendamm 14

Bierdruckapparate
Repositorien

Possekel & Schader
Kom.-Ges.

Bauunternehmung
Königsberg Pr., Französische Str. 1

Esperstedt & Co.

Königsberg (Pr.), Tragh. Kirchenstraße 35

Ingenieurbüro
für Projektierung
und Ausführung
von

Zentralheizungen • Sanitären Anlagen

A. Druckenmüller, Königsberg

G. m. b. H.

Eisen- und Eisenwaren-Grosshandel

Königsberg Pr. 5, Tharauerstraße 3-11

Fernruf: 46246 - Telegramm-Adresse: ADRU Königsberg

THYSSEN Eisen- u. Stahl-Aktiengesellschaft

Zweigniederlassung Königsberg (Pr.) 5
Holsteiner Damm 45/50 Ruf 24101

Eisen • Eisenwaren • Baustoffe

Träger, Moniereisen, Bleche, Röhren,
verzinkte Stahldachpfannen, Drahtwaren,
Heizkörper und Kessel für Zentralheizungen

Schäffer & Walcker

Zentralheizungen G. m. b. H. • Gegründet 1855

Königsberg (Pr.), Fernsprecher Nr. 42012-13, Vorstädt. Langgasse 27

Fernheizungs-, Warmwasserbereitungs- u. Lüftungsanlagen

Die Werbung im „Ostland“ bringt Erfolg